

Stand: 04.04.2026 16:55:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13823

"Die Gefahr durch sogenannte "Reichsbürger" in Bayern ernst nehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13823 vom 26.10.2016
2. Beschluss des Plenums 17/13859 vom 26.10.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 85 vom 26.10.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Die Gefahr durch sogenannte „Reichsbürger“ in Bayern ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag zeigt sich tief bestürzt über die Ermordung eines jungen SEK-Beamten im mittelfränkischen Georgensgmünd durch einen Anhänger der sogenannten „Reichsbürger“. Den Angehörigen, Freunden und Kollegen des ermordeten Polizisten gilt seine tief empfundene Anteilnahme.

Der Landtag ist in Gedanken auch bei den drei anderen schwer verletzten Polizeibeamten und hofft auf deren baldige Genesung.

Besonderen Dank spricht der Landtag in diesen schweren Stunden den bayerischen Polizisten nicht nur für ihren Einsatz bei dem brutalen Übergriff in Georgensgmünd, sondern auch dafür aus, dass sie täglich aufs Neue durch ihre Arbeit die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung gewährleisten.

Die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, dass die Gefahr durch die sogenannten „Reichsbürger“ in Bayern ernst genommen werden muss. Die Aktivitäten dieser Bewegung müssen noch stärker in den Fokus rücken und noch intensiver überwacht werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich zu berichten, wie sich die Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürger“ in Bayern in den letzten Jahren entwickelt haben.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Liegen der Staatsregierung in der Zwischenzeit Erkenntnisse darüber vor, wie viele Personen den sogenannten „Reichsbürgern“ und ihren einzelnen Splittergruppierungen in Bayern angehören?
2. Welche Gruppierungen der „Reichsbürger“ werden neben der sogenannten „Exilregierung des

deutschen Reiches“ zwischenzeitlich durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz überwacht?

3. Sind der Staatsregierung Verbindungen der „Reichsbürgerbewegung“ zu anderen Organisationen und Gruppierungen aus der rechtsextremistischen bzw. rechtspopulistischen Szene in Bayern bekannt?
4. Liegt der Staatsregierung belastbares Zahlenmaterial darüber vor, wie viele Personen des öffentlichen Dienstes in Bayern schon Opfer eines Angriffes von Anhängern der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ geworden sind bzw. wie viele Verstöße gegen das Gesetz es von „Reichsbürgern“ in Bayern in den letzten Jahren gab?
5. Wie werden Behörden, Gerichte und Verwaltungen im Umgang mit sogenannten „Reichsbürgern“ unterstützt?
6. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bereits ergriffen, um die bayerische Bevölkerung über die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“ aufzuklären und diese für das Thema zu sensibilisieren?
7. Wie ist der derzeitige Stand der Ermittlungen hinsichtlich der vier bayerischen Polizeibeamten, die im Verdacht stehen, ebenfalls der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ anzugehören?
8. Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse über weitere Personen vor, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind und der „Reichsbürgerideologie“ nahestehen?

Begründung:

Durch den brutalen Übergriff auf Polizeibeamte bei einem Einsatz gegen einen Anhänger der sogenannten „Reichsbürger“, bei dem ein junger Polizist sein Leben verloren hat, sind diese wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Dabei ist die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“, die vor allem dadurch gekennzeichnet ist, dass sie die Bundesrepublik Deutschland und ihre geltenden Gesetze ablehnt und vielmehr das Fortbestehen des Deutschen Reiches propagiert, Behörden, Gerichten und Verwaltungen durch ihr Auftreten bereits seit Jahren bekannt. Da staatliches Recht für sogenannte „Reichsbürger“ keine Geltung beansprucht, geraten sie immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt und bedrohen und verletzen Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in

Bayern. Mit der Ermordung des jungen SEK-Beamten erreichen die Aktivitäten dieser Bewegung in Bayern nun einen neuen, erschreckenden Höhepunkt. Der Freistaat muss die Gefahr durch sogenannte „Reichsbürger“ ernst nehmen und entsprechende Maßnahmen gegen diese Bewegung ergreifen. Dafür bedarf

es allerdings einer verlässlichen Informationsgrundlage, wie sich die Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ in den letzten Jahren in Bayern entwickelt haben. Die Staatsregierung soll hierzu dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich Bericht erstatten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/13823

Die Gefahr durch sogenannte „Reichsbürger“ in Bayern ernst nehmen

Der Landtag zeigt sich tief bestürzt über die Ermordung eines jungen SEK-Beamten im mittelfränkischen Georgensgmünd durch einen Anhänger der sogenannten „Reichsbürger“. Den Angehörigen, Freunden und Kollegen des ermordeten Polizisten gilt seine tief empfundene Anteilnahme.

Der Landtag ist in Gedanken auch bei den drei anderen schwer verletzten Polizeibeamten und hofft auf deren baldige Genesung.

Besonderen Dank spricht der Landtag in diesen schweren Stunden den bayerischen Polizisten nicht nur für ihren Einsatz bei dem brutalen Übergriff in Georgensgmünd, sondern auch dafür aus, dass sie täglich aufs Neue durch ihre Arbeit die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung gewährleisten.

Die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, dass die Gefahr durch die sogenannten „Reichsbürger“ in Bayern ernst genommen werden muss. Die Aktivitäten dieser Bewegung müssen noch stärker in den Fokus rücken und noch intensiver überwacht werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, dem Landtag zeitnah mündlich und schriftlich zu berichten, wie sich die Aktivitäten der sogenannten „Reichsbürger“ in Bayern in den letzten Jahren entwickelt haben.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Liegen der Staatsregierung in der Zwischenzeit Erkenntnisse darüber vor, wie viele Personen den sogenannten „Reichsbürgern“ und ihren einzelnen Splittergruppierungen in Bayern angehören?
2. Welche Gruppierungen der „Reichsbürger“ werden neben der sogenannten „Exilregierung des deutschen Reiches“ zwischenzeitlich durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz überwacht?
3. Sind der Staatsregierung Verbindungen der „Reichsbürgerbewegung“ zu anderen Organisationen und Gruppierungen aus der rechtsextremistischen bzw. rechtspopulistischen Szene in Bayern bekannt?
4. Liegt der Staatsregierung belastbares Zahlenmaterial darüber vor, wie viele Personen des öffentlichen Dienstes in Bayern schon Opfer eines Angriffes von Anhängern der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ geworden sind bzw. wie viele Verstöße gegen das Gesetz es von „Reichsbürgern“ in Bayern in den letzten Jahren gab?
5. Wie werden Behörden, Gerichte und Verwaltungen im Umgang mit sogenannten „Reichsbürgern“ unterstützt?
6. Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bereits ergriffen, um die bayerische Bevölkerung über die sogenannte „Reichsbürgerbewegung“ aufzuklären und diese für das Thema zu sensibilisieren?
7. Wie ist der derzeitige Stand der Ermittlungen hinsichtlich der vier bayerischen Polizeibeamten, die im Verdacht stehen, ebenfalls der sogenannten „Reichsbürgerbewegung“ anzugehören?
8. Liegen der Staatsregierung Erkenntnisse über weitere Personen vor, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind und der „Reichsbürgerideologie“ nahestehen?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Florian Herrmann

Abg. Florian Ritter

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Katharina Schulze

Abg. Florian Streibl

Staatsminister Joachim Herrmann

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger u. a. und Fraktion (CSU)

Bericht über Maßnahmen gegen die sogenannten Reichsbürger (Drs. 17/13810)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein u. a. und Fraktion (SPD)

"Reichsbürgerbewegung" entschlossen entgegentreten! (Drs. 17/13815)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Reichsbürger" in Bayern - die zu lange unterschätzte Gefahr im Freistaat Bayern (Drs. 17/13817)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Die Gefahr durch sogenannte "Reichsbürger" in Bayern ernst nehmen (Drs. 17/13823)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Dr. Herrmann.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bayerische Landtag verurteilt die schändliche Mordtat eines sogenannten Reichsbürgers am 19.10.2016 in Georgensgmünd, bei der ein Beamter des SEK Nordbayern getötet und weitere Beamte zum Teil schwer verletzt wurden. Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und Kollegen und spricht ihnen sein tief empfundenes Beileid aus.

(Allgemeiner Beifall)

Der Beamte hat in Ausübung seines Dienstes für unsere Sicherheit und für die Sicherheit der Menschen in Bayern das maximale Opfer erbracht, das denkbar ist. Jeder Polizeibeamte weiß, dass sein Beruf gefährlich ist. Gott sei Dank ist er nur sehr selten tödlich. Aber jeder Fall ist einer zu viel. Das bekräftigt uns in unserer klaren Strategie. Wir müssen diejenigen wirksam schützen, die uns schützen. Daher optimieren wir ständig die Schutzausstattung unserer Beamten. Daher verfolgen wir mit Nachdruck jede Gewalt, die gegenüber Polizistinnen und Polizisten ausgeübt wird. Wir fordern daher eine breite parlamentarische Unterstützung für die Verschärfung des Strafrechts ein, wenn es um die Ahndung von Gewalt gegen Polizeibeamte geht. Wir wollen das Strafmaß in solchen Fällen auf mindestens sechs Monate bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe erhöhen.

Die Niedertracht des Täters von Georgensgmünd, seine Verblendung und sein Hass machen mich fassungslos. Diese Tat führt uns in schrecklicher Weise vor Augen, wie schmal der Grat zwischen vermeintlichen Spinnern und gewalttätigen extremistischen Verbrechern ist. Mit unserem Dringlichkeitsantrag möchten wir die Aktivitäten der sogenannten Reichsbürger und vergleichbarer Gruppen zum Thema im Innenausschuss machen und dabei insbesondere diejenigen Maßnahmen erörtern, die gegen derartige Gruppen und Personen durchgeführt werden. Damit soll aber auch ein klares Signal an all diejenigen gesandt werden, die es offenbar akzeptabel finden, das wirre Gedankengut dieser sogenannten Reichsbürger zu unterstützen oder sich gar selbst zu eigen zu machen. Jeder, der in unserem Land lebt und halbwegs bei Verstand ist, muss nämlich zu dem Schluss kommen, dass die Gedankengänge dieser Leute wirr und abwegig sind. Sie sind falsch, in sich unlogisch, apodiktisch, absurd und gefährlich.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Aber die Mordtat von Georgensgmünd bekräftigt uns in einem zentralen Grundprinzip unserer bayerischen Sicherheitsarchitektur, nämlich "Wehret den Anfängen" oder anders gesagt "null Toleranz".

Die Reichsbürgerbewegung ist sehr heterogen. Verbindendes Element ist aber, dass sie mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland leugnet, sie als Unrechtsstaat diffamiert sowie dem Grundgesetz, den Gesetzen, den Parlamenten und den Behörden jegliche Legitimation abspricht. Es handelt sich um Menschen – der Täter von Georgensgmünd gehört sicher dazu –, die in wahnhafter Weise Verschwörungstheorien zu ihrer Lebensgrundlage machen, sich selbst in einen Kokon von Verschwörungstheorien einspinnen und sich ihre eigene Welt aus Pseudowahrheiten zurechtzimmern. Häufig ist die Grenze zur krankhaften Persönlichkeitsstörung bereits überschritten. Im harmlosesten Fall äußert sich das dadurch, dass diese Leute Behörden oder Gerichte nerven mit ellenlangen Stellungnahmen voller absurder Spitzfindigkeiten auf eng beschriebenen Seiten, wie man sie nur von Verrückten kennt, um sich egoistisch vor staatsbürgerlichen Pflichten zu drücken. Aber im schlimmsten Fall werden daraus gewaltbereite Extremisten, die vor nichts zurückschrecken.

Beides benötigt eine robuste Antwort des Rechtsstaats. Man darf diese Leute nicht als Spinner verharmlosen, wenn sie eigene Führerscheine oder Pässe erfinden und ausstellen, Kennzeichen verfälschen oder öffentlich Beschäftigte – Richter, Polizisten, Finanzbeamte, Gerichtsvollzieher – attackieren. Dadurch manifestieren sich wirre Gedanken in konkretem Handeln, das man nur als staatsfeindlich bezeichnen kann. Jedes staatliche Zurückweichen wird sofort als Schwäche empfunden und ermuntert geradezu, weitere Eskalationsstufen zu suchen, bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Unter anderem weil ein Teil dieser sogenannten Reichsbürger klar rechtsextreme Ziele verfolgt, wird beispielsweise die sogenannte Exilregierung des Deutschen Reichs aufgrund ihrer Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung bereits

seit einiger Zeit durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet. Es ist richtig, dass nunmehr die gesamte sogenannte Reichsbürgerbewegung vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Auch der furchtbare Fall des Mörders von Georgensmünd zeigt, dass die bayerischen Behörden auf diesem Gebiet schon bisher wachsam waren. Das zuständige Landratsamt hatte erkannt, dass diesen Menschen keine Waffen mehr anvertraut werden können und diese ihnen daher weggenommen werden müssen. Die zuständige Polizeidienststelle hat erkannt, dass man Spezialkräfte braucht, um den Täter zu stellen. Der Täter konnte festgenommen werden und wird – davon ist auszugehen – keine Gefahr mehr für die Gesellschaft darstellen.

Ein derart brutales Vorgehen gegen den Staat durch die Reichsbürger hat es in Bayern bislang nicht gegeben. Daher muss die sogenannte Reichsbürgerbewegung jetzt noch intensiver überwacht werden. Es geht insbesondere darum festzustellen, welche von diesen Leuten gefährlich sein könnten. Dazu gehört auch eine sorgfältige Überprüfung, welche Reichsbürger Waffen besitzen. Diesen Leuten muss die Waffenerlaubnis entzogen werden. Wer die deutsche Rechtsordnung ablehnt, der bietet keine Gewähr, ordnungsgemäß mit Waffen umzugehen. Gleiches gilt übrigens für die Haltung von Kampfhunden. Wer die deutsche Rechtsordnung ablehnt, hat in der deutschen Beamtenschaft nichts verloren. Das gilt vor allem für Polizeibeamte, aber auch für alle anderen Beamten. Wer Beamter sein will, muss gemäß seinem Amtseid das Grundgesetz und alle in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze wahren. Er muss bedingungslos hinter unserem Rechtsstaat stehen. Wer aber ernsthaft der Meinung ist, dass dieser Rechtsstaat zum Beispiel gar nicht existiert, hat in diesem Staat und im Staatsdienst nichts verloren und ist zu entfernen.

(Beifall bei der CSU)

Machen wir also deutlich, dass wir staats- und verfassungsfeindliche Bestrebungen in unserem Land bereits an der Wurzel ausrotten. Das bedeutet konkret den konsequenten Entzug sämtlicher waffenrechtlicher Erlaubnisse für sogenannte Reichsbürger, die konsequente Stärkung der Staats- und Verfassungsschutzbehörden, übrigens nicht

zuletzt durch die Novelle des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes, die konsequente Strafverfolgung durch die Justizbehörden und Verurteilungen, die eine präventive Wirkung in diese Szene hinein entfalten. Der Staat muss frühzeitig zeigen, dass Gesetzesbrüche konsequent geahndet und verfolgt werden. Nur dann können wir dieses Phänomen zurückdrängen und weitere Gefahr minimieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Ritter.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Als wir letzte Woche die Nachricht erhalten haben, dass auf vier Beamte der bayerischen Polizei geschossen worden ist, und als wir einen Tag darauf gehört haben, dass einer der Beamten seinen Verletzungen erlegen ist, waren wir, denke ich, alle zutiefst schockiert, und zwar völlig unabhängig davon, welche Position wir in dieser Debatte einnehmen.

Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen. Den verletzten Beamten wünschen wir schnelle und vollständige Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Ich halte es für ein sehr gutes Zeichen – herzlichen Dank an das gesamte Präsidium –, dass wir die heutige Sitzung mit einem Gedenken an den toten Beamten begonnen haben.

Kolleginnen und Kollegen, Reichsbürger sind kein neues Phänomen. Seit Jahren setzen wir uns damit auseinander. Seit Jahren bekommen wir aus der Finanzverwaltung und der Justizverwaltung Hinweise über sich häufende Belästigungen, Drohungen, Übergriffe und Angriffe auf Beschäftigte des Freistaates.

Bereits am 21. August 2014 stellte ich an die Bayerische Staatsregierung eine Anfrage, um mir einen Überblick über die Situation geben zu lassen. Ich musste feststellen, dass die Bayerische Staatsregierung laut Antwort vom 30. September desselben Jahres einen solchen Überblick nicht hatte. Die Bayerische Polizei hatte bei Straftaten das Merkmal Reichsbürger nicht erfasst. Das war vor zwei Jahren; daher können wir das nicht allzu sehr kritisieren. Es war ein verhältnismäßig neues Phänomen. Manches braucht seine Zeit, bis man es erfassen kann. Wir haben im Nachklapp zu dieser Antwort, die uns die Staatsregierung gab, die Erfassung der Aktivitäten der Reichsbürgerbewegung gefordert, zumindest die Erfassung der Straftaten, die gegen Beschäftigte des Freistaates Bayern begangen werden.

Seit dem Jahr 2014 hat sich die Situation noch einmal deutlich verschärft. Die Szene ist publizistisch erheblich wirkungsvoller geworden. Die ideologische Radikalisierung der Reichsbürgerbewegung ist deutlich vorangeschritten. Bedrohungen und Übergriffe auf Staatsbedienstete haben sprunghaft zugenommen. Diese Einschätzung beruht noch nicht auf Zahlen – wie gesagt, die Staatsregierung hat sie nicht erfasst –, sondern auf den durchaus glaubwürdigen Berichten der Praktikerinnen und Praktiker in der Finanzverwaltung und der Justizverwaltung.

Wir stellen fest, dass die Reichsbürger innerhalb der betroffenen Verwaltungen, der Amtsgerichte, der Finanzbehörden durchaus schon zum Thema gemacht worden sind. Nach meiner Anfrage im Jahr 2014 sind Schulungen durchgeführt worden. Die Amtsgerichtspräsidenten bauen die Bedrohung durch Reichsbürger in die Sicherheitskonzepte der Amtsgerichte ein und machen die Reichsbürger zum Thema auf ihren Tagungen.

An der Basis der Verwaltung, dort, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Reichsbürgern und den von ihnen ausgehenden Bedrohungen konfrontiert werden, existiert durchaus ein hohes Problembewusstsein. Ausdrücklich loben will ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes Roth und Landrat Herbert Eckstein, weil sie, als es die ersten Anzeichen gab, dass ein Reichsbürger unterwegs ist, die

waffenrechtliche Überprüfung übernommen haben. Auch das zuständige Polizeipräsidium ist mit Sicherheit von einer sehr hohen Gefährdungslage ausgegangen, weil es nach dem Amtshilfeersuchen des Landratsamtes das SEK bereitgestellt hat. Bei aller Tragik des Ausgangs dieses Einsatzes muss man das positiv hervorheben.

Kolleginnen und Kollegen, leider klafft eine eklatante Lücke zwischen dem Problembewusstsein an der Basis und der Einschätzung der Bewegung durch die Staatsregierung noch in den letzten Monaten. Wir müssen feststellen, dass die Bayerische Staatsregierung bis vor einer Woche keinen, nicht einmal einen annähernden Überblick über die Szene hatte. Wir müssen ebenfalls feststellen, dass nicht einmal ein annähernder Überblick über Übergriffe von Reichsbürgern auf Beschäftigte der bayerischen Behörden vorliegt. Es gab bisher keine realistische Einschätzung und Einordnung der Reichsbürger-Ideologie. Es fehlt ein Überblick darüber, wie weit der Besitz von Waffen innerhalb der Reichsbürgerszene verbreitet ist und wie viele Waffen bei Reichsbürgern in den vergangenen Jahren beschlagnahmt worden sind. – Auch das ergab eine Anfrage, die in diesem Jahr gestellt wurde. Zusammengefasst: Die Staatsregierung hatte bis vor einer Woche keine auf Fakten gestützte Gefahreinschätzung der Reichsbürger-Szene in Bayern.

Angesichts dessen wundert es nicht, dass in der Sitzung des Innenausschusses, in der der Verfassungsschutzbericht vorgestellt wurde, auf meine Nachfrage, wie die Reichsbürgerbewegung eingeschätzt werde, nur der Hinweis kam, dass es zuallererst ein psychologisches und dann allenfalls ein polizeiliches Problem sei.

Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion begrüßt durchaus die Ankündigungen, die der Innenminister in den letzten Tagen gemacht hat. Auch wir unterstützen eine genauere Beobachtung der Szene. Wir begrüßen, dass Disziplinarverfahren gegen Polizisten, die der Reichsbürger-Szene zugeordnet werden, eingeleitet worden sind. Unserer Meinung nach ist die Zugehörigkeit zu dieser Ideologie mit dem Amtseid, den Beamte zu leisten haben, nicht vereinbar.

Insbesondere waffenrechtliche Überprüfungen sind von hoher Bedeutung, wie aktuelle Zahlen aus dem Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz belegen. Der Landrat schätzt, dass in seinem Landkreis 80 bis 90 Reichsbürger leben, von denen 10 % ganz legal über Waffen verfügen. Auch wenn das nur eine Stichprobe ist – ich will es nicht hochrechnen –, so bleibt es doch bei der Einschätzung, dass die Zahlen, die für den gesamten Freistaat Bayern herauskommen, die bisherigen Schätzungen des Innenministeriums bei Weitem übertreffen. Ich betone: Wir begrüßen die eingeleiteten Maßnahmen. Wir stellen aber auch fest: Sie sind mehr als überfällig!

Den Berichtsanträgen, die heute eingereicht worden sind, werden wir zustimmen. Bereits heute können wir aber weitere Maßnahmen anstoßen bzw. einleiten, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freistaates Bayern besser zu schützen; denn einige Defizite, die es in jüngster Zeit bei der Einschätzung der Reichsbürger-Szene gegeben hat, kennen wir.

Wir wollen eine Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung unter Einbeziehung der Betroffenen erreichen. So kommt von Gerichtsvollziehern immer wieder die Rückmeldung, dass die Angebote zwar gut seien, aber bei Weitem noch nicht ausreichen, um sie in ihrem Handeln sicherer zu machen.

Wir wollen die verstärkte Einbeziehung von wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Expertise in die Bekämpfung des Phänomens der "Reichsbürger". Bei der Bekämpfung des Salafismus tun Sie das doch auch! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einbeziehung externer Expertise ist kein Zeichen von Schwäche.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist vielmehr ein Zeichen von Stärke, fremde Expertise hinzuzuziehen, wenn man merkt, dass man mit den eigenen Mitteln nicht weiterkommt.

Wir wollen eine Überprüfung der Waffensicherstellungen der letzten Jahre daraufhin, ob es auch Reichsbürger-Hintergründe gab. Wir sind der Meinung, dass auch das

Merkmal "Reichsbürger" bei Straftaten erfasst werden sollte. Wir brauchen dringend, auch rückwirkend, ein vernünftiges und realitätsbezogenes Lagebild. Wir müssen unser Frühwarnsystem verbessern. Dazu benötigen wir eine realistische und faktenbezogene Lageeinschätzung. Deshalb sind die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig. Ich bitte Sie namens der SPD-Fraktion um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Ritter. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze. Bitte schön, Frau Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Tagen war ich manchmal erstaunt, da es Äußerungen gab nach dem Motto: Ach Gott, die Reichsbürger? Von denen haben wir ja noch nie etwas gehört! – Die sogenannte Reichsbürgerbewegung ist in Bayern nichts Neues. In dieser Szene versammeln sich seit Jahren verschiedenste Menschen, die unseren Staat kategorisch ablehnen. Unter ihnen sind Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, antisemitische Verschwörungstheoretikerinnen und Verschwörungstheoretiker, völkische Kapitalismuskritiker, aber auch Aussteigerinnen und Aussteiger.

Wer sich also mit Sicherheitspolitik auskennt, der weiß, dass die Reichsbürger eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sind. Sie haben eine antidemokratische und menschenfeindliche Ideologie, und sie sind eben nicht irgendwelche Spinner oder Wirrköpfe. Wenn man sich bei unseren Behörden umhört, dann erfährt man: Dort hat man schon in den Monaten und Jahren davor mitbekommen, dass die Behörden regelmäßig von den Reichsbürgern heimgesucht werden. So wird über zunehmende Aktivitäten und Widerstandshandlungen der Reichsbürger gegenüber unseren Beamtinnen und Beamten berichtet. Die Aktionen – online wie offline – haben in den letzten Monaten und Jahren zugenommen. Mit der Schießerei in Georgensgmünd in der letzten Woche haben diese Aktionen eine neue

schockierende Dimension erreicht. Unsere Gedanken sind bei den Hinterbliebenen des Opfers. Wir wünschen den Verletzten eine schnelle und gute Besserung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich habe schon Anfang des Jahres eine umfangreiche Anfrage an die CSU-Staatsregierung gestellt. Ich wollte wissen, was diese über die Reichsbürger-Bewegung weiß und vor allem, ob die CSU-Regierung die Klagen der eigenen Behörden ernst nimmt und in irgendeiner Form Hilfestellung gibt. Die Antwort auf meine Anfrage war nicht sehr zufriedenstellend. Mir konnten keine Angaben über die gesamte Zahl der Anhängerinnen und Anhänger dieser Szene gemacht werden. Meine Frage nach der Entwicklung der Aktivitäten und nach den Gesetzesverstößen wurde mit dem Verweis auf einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand gar nicht beantwortet.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Hört, hört!)

– Ja. Ehrlich gesagt ist das ein Problem; denn wie ich anfangs bereits ausgeführt habe, ist die Reichsbürgerbewegung kein neues Phänomen. Ich hätte deshalb vom Innenminister erwartet, dass er die Reichsbürgerbewegung schon vor diesem schrecklichen Zwischenfall im Blick hat und dazu Informationen, Daten und Fakten gesammelt hat. Sie nicken nun, Herr Herrmann. Wenn Sie das aber schon vorher hatten, dann frage ich mich, warum Sie nicht Antworten auf alle meine Fragen geben konnten. Hier scheint doch etwas nicht zu stimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich kann den CSU-Kolleginnen und Kollegen aber gerne aufzählen, was die Forderungen von uns GRÜNEN im Kampf gegen die Reichsbürger sind: Erstens. Wir brauchen darüber eine ausführliche Debatte. Deshalb haben wir auch den Dringlichkeitsantrag gestellt, demzufolge wir im Ausschuss dazu einen ausführlichen Bericht bekommen wollen. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir uns über die Aktivitäten, die Vernetzung der Reichsbürger intensiv austauschen und dass wir erfahren, ob es noch mehr

Reichsbürger im öffentlichen Dienst gibt. Heute wurde der Fall eines Polizisten im Polizeipräsidium München bekannt, der geprüft wird. Es ist unerträglich, wenn Menschen, die für unseren Rechtsstaat arbeiten sollen, diesen ablehnen. Noch schlimmer aber ist, wenn diese vielleicht sogar Beamtinnen und Beamte ausbilden. Das muss unbedingt abgestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Daneben fordern wir GRÜNE zweitens die stärkere Beobachtung und Dokumentation der Reichsbürgerbewegung. Wir brauchen jetzt eine vernünftige Analyse über Strukturen, Netzwerke, Zielsetzung, Bewaffnung und Gefährlichkeit der Reichsbürger. Mir ist ganz wichtig, nicht nur auf den Verfassungsschutz zu bauen, sondern wir müssen die Expertise aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft dazunehmen, um ein umfassendes Bild über die Reichsbürger-Szene zu bekommen. Vor allem muss genauer auf die Verbindung zur rechten Szene geschaut werden.

Bei den beiden Redebeiträgen zuvor kam mir etwas zu kurz: Mir geht es nicht nur um das Thema Beobachtung. Ich denke, beim Thema Reichsbürger ist es ganz wichtig, die Null-Toleranz-Politik zu fahren. Darunter verstehe ich die konsequente Anwendung polizeilicher und justizieller Befugnisse. Wenn man sich auf Youtube ein bisschen umschaut – das ist ein großes Verbreitungsmedium der Reichsbürgerszene –, dann merkt man, dass gerade Verzögerungen oder inkonsequentes Handeln innerhalb der Szene als Erfolg gefeiert und dort verbreitet werden. Ich erinnere an die Aktion im Amtsgericht Kaufbeuren zu Beginn dieses Jahres. Dort haben Reichsbürger eine Gerichtsverhandlung platzen lassen und unter den Augen des Justizpersonals die Angeklagte aus dem Gerichtssaal geführt. Sie ließen dann sogar noch die Gerichtsakten mitgehen. Was aber noch viel verrückter und unerklärlicher ist: Die Reichsbürgerin, die die Akten entwendet hat, wurde zwar anschließend in Abwesenheit verurteilt, sie ist aber bis heute untergetaucht. Ich habe bislang keine anderen Informationen, vielleicht kann dazu nachher noch berichtet werden. Das jedenfalls ist der letzte Stand laut "Süddeutscher Zeitung" vom 20.10.2016. Ich frage mich: Wie kann das sein? – Es

kann doch nicht sein, dass jemand, der sich gegen unseren Rechtsstaat wendet, der Akten klaut, der eine Gerichtsverhandlung platzen lässt, untertaucht, und unsere Sicherheitsbehörden wissen nicht, wo sich diese Frau befindet.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Langer Rede kurzer Sinn: Der Rechtsstaat muss sich mit den Mitteln der streitbaren, wehrhaften Demokratie gegen diejenigen verteidigen, die diesen Staat nicht anerkennen und ihn ablehnen. Ich erwarte, dass deshalb gegen die Reichsbürger polizeilich und justiziell konsequent vorgegangen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der dritte Ansatzpunkt ist die konsequente Entwaffnung aller Reichsbürger in Bayern nach Entzug des Waffenscheins oder der Waffenbesitzkarte. In diesem Punkt stimme ich meinem Kollegen von der CSU zu. Diese Forderung erheben wir auch. Nun kommt eine weitere Forderung; da könnten Sie uns auch zustimmen, das wäre doch schön. Wir fordern nämlich schon lange eine Verschärfung des Waffenrechts auf Bundesebene. Ich glaube, aufgrund der Ereignisse, die wir in der letzten Zeit erleben – dazu gehört auch diese ganze Reichsbürger-Geschichte –, ist das endlich nötig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da muss ich allerdings nur wieder Ihre Seite des Plenarsaals anschauen: Sie von der CSU-Fraktion sind bei diesem Thema die Bremser. Wir brauchen endlich eine Verschärfung des Waffenrechts!

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Abschließend noch die letzte Forderung, die wir GRÜNE aufstellen: Die CSU-Staatsregierung muss den staatlichen Stellen mehr Unterstützungsmöglichkeiten geben. In anderen Bundesländern gibt es bereits Handbücher zum Umgang mit den Reichsbürgerinnen und Reichsbürgern. Es müssen auch verstärkt Schulungsmaßnahmen in der

Aus- und Fortbildung für die Beamten in Justiz, Polizei und bei der Verwaltung ergriffen werden. Eines nämlich ist klar: Wir müssen die schützen, die unseren Staat jeden Tag vertreten. Deswegen müssen wir beim Thema Reichsbürger-Bewegung genauer hinschauen und stärker aktiv werden. Vor allem dürfen wir diese Gefahr nicht mehr kleinreden oder diese Personen nur als Spinner abtun. Sie sind eine Gefahr, und das sind keine Spinner, sondern Rechtsextreme und Verschwörungstheoretiker. Es ist eine Bewegung, die für unsere Demokratie und für unseren Staat gefährlich ist.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Schulze. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege Streibl. Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle, für die die Bundesrepublik Deutschland Heimat ist, haben mit tiefer Trauer, mit Entsetzen und Abscheu von dem feigen Mord in Georgensgmünd erfahren. Unsere Gedanken und auch unsere Gebete sind bei den Opfern und den Hinterbliebenen. Wir sprechen den Polizeibeamten unser tiefstes Mitgefühl, aber auch unseren tiefsten Respekt aus. Von dieser Stelle aus: Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Die Polizeibeamten sind diejenigen Beamten, die den Bürgern den Staat vor Augen führen, die das Gewaltmonopol des Staates ausführen. Wenn Polizisten angegriffen werden, dann wird unser Staat angegriffen. Was in Georgensgmünd passierte, das war der maximale, der größte Angriff auf unsere Zivilgesellschaft. Deshalb haben wir FREIEN WÄHLER auch schon vor Jahren eine Verschärfung des Strafrechts bei Gewalt gegen Polizeibeamte gefordert. Offensichtlich wurden aber die sogenannten Reichsbürger eher als skurrile Sonderlinge abgetan, die die Verwaltung, aber auch die Justiz und dieses Haus mit abstrusen Petitionen und Meinungen zu bombardieren versuchen. Seit Georgensgmünd aber wissen wir: Sie sind keine skurrilen Sonderlinge, sondern rechtsstaatliche Antipoden. Sie sind diejenigen, die gegen unseren Rechts-

staat stehen, die diesen Rechtsstaat zutiefst ablehnen. Deshalb müssen wir unseren Rechtsstaat schützen und verteidigen und dafür hier die notwendigen Schritte einleiten. Was allerdings verwundert, ist die öffentliche Ankündigung, dass das auch ein Thema im Parlamentarischen Kontrollgremium sein wird. Dieses Gremium tagt bekanntlich geheim, und eigentlich hätte dieses Thema dort schon längst ein Thema sein sollen.

Meine Damen und Herren, wer unseren Staat ablehnt, wer unser Grundgesetz ablehnt, der lehnt auch Artikel 1 unseres Grundgesetzes ab, die Würde des Menschen. Das aber ist, was hinter dieser fatalen Ideologie steht. Deshalb ist diese Ideologie, wie wir vorhin schon diskutiert haben, letzten Endes menschenverachtend. Deswegen müssen wir sehr wachsam sein und sagen: Beamte, die dieser Bewegung oder dieser Ideologie oder diesen skurrilen Gedanken anhängen, haben im Staatsdienst nichts verloren, ganz gleich wo, ob es bei der Polizei, bei der Exekutive sonst oder bei der Judikative ist. Wir müssen hier wachamer sein. Die Polizei muss noch besser auf solche Einsätze vorbereitet und noch besser ausgerüstet werden, und auch der Verfassungsschutz muss noch genauer hinschauen und noch genauer überprüfen, wer sich in unserem Staat aufhält und wer hier arbeitet.

Wenn man mit Bürgermeistern oder Landräten redet, muss man jetzt erschreckt feststellen, dass die Reichsbürger keine Einzelfälle sind, sondern dass fast in jeder Gemeinde welche vorhanden sind und fast jeder Bürgermeister schon seine negativen Erfahrungen mit ihnen hatte. Insoweit muss von diesem Haus ein Signal auch an unsere Kommunalpolitiker ausgehen, wie man mit diesem Phänomen umgeht und wie man sich zur Wehr setzen muss.

Deswegen werden wir heute auch alle Anträge zu dem Thema unterstützen und befürworten, auch den der SPD, der über Berichtsanhträge hinausgeht. Ich denke, es ist gut, wenn man sagt: Hier muss gehandelt werden. Dieses Thema dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen nichts versäumen und müssen hier tatkräftig weitermachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Streibl. – Für die Staatsregierung hat sich Staatsminister Herrmann zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der brutale Angriff auf die Beamten des Sondereinsatzkommandos am letzten Mittwochmorgen hat uns alle sehr erschüttert. Dass dabei ein junger Polizist zu Tode kam, macht uns überaus betroffen und traurig. Mein herzliches Beileid gilt den Angehörigen, den Freunden und Kollegen. Am kommenden Samstag werden wir um 15.00 Uhr bei einer Trauerfeier in St. Lorenz in Nürnberg des ermordeten Polizeikollegen gedenken. Sie alle, liebe Landtagskolleginnen und -kollegen, sind zu dieser Trauerfeier herzlich eingeladen. In ganz Bayern werden am Samstag um 15.00 Uhr alle Polizeibeamten, sofern es die jeweilige Einsatzbedingung zulässt, kurz innehalten und in einer Gedenkminute verharren. – Den verletzten Kollegen wünschen wir von Herzen gute Besserung und vollständige Genesung.

Dieses schreckliche Ereignis der letzten Woche im Landkreis Roth gibt in der Tat dringenden Anlass, dass wir die sogenannten Reichsbürger in Bayern noch intensiver unter die Lupe nehmen. Bei den Reichsbürgern handelt es sich um eine Sammelbezeichnung für Personen, die mit unterschiedlicher Begründung die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreiten, unser Rechtssystem nicht anerkennen und den Repräsentanten des Staates die Legitimation absprechen. Dieser äußerst heterogene Personenkreis ist in letzter Zeit deutlich gewachsen, und seine Gewaltbereitschaft steigt.

Eine Gruppierung des Phänomens, die selbsternannte "Exilregierung des Deutschen Reichs", wird seit geraumer Zeit bundesweit von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachtet. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat in letzter Zeit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass derzeit auch

außerhalb des harten rechtsextremistischen Kerns besorgniserregende Radikalisierungsprozesse wahrzunehmen sind. Auch für die Reichsbürgerszene wurde darauf hingewiesen, dass sich deren Anhänger zu Widerstandshandlungen gegen Vertreter des Staates berufen fühlen könnten.

Aber auch im präventiven Bereich wurde eine Vielzahl von Maßnahmen zur Sensibilisierung für die Gefahren ergriffen, die von den sogenannten Reichsbürgern ausgehen. Auf dem von der BIGE gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit betriebenen Internetportal "Bayern gegen Rechtsextremismus" werden schon seit Jahren Hinweise zum Umgang mit sogenannten Reichsbürgern gegeben. Auf Fortbildungsveranstaltungen finden Schulungen, auch speziell für Gerichtsvollzieher statt. Das Staatsministerium der Justiz gibt Handlungsempfehlungen zum Umgang mit diesen schwierigen Verfahrensbeteiligten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus meiner Sicht erscheint nun zweierlei dringend geboten:

Zum einen muss sichergestellt werden, dass den Sicherheitsbehörden alle der Reichsbürgerbewegung zugehörigen Personen gemeldet werden, damit diese die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um von diesem Personenkreis ausgehende Gefahren zu unterbinden. Insbesondere gilt es, so rasch wie möglich waffenrechtliche Erlaubnisse und Waffen einzuziehen. Zu diesem Zweck wird gerade ein Meldeweg etabliert, der die Informationssammlung und -auswertung bei der Polizei konzentriert und die Weiterleitung an andere Behörden wie zum Beispiel die Waffenbehörden sicherstellt. Diese wurden darauf hingewiesen, dass Personen, die unsere Rechtsordnung nicht anerkennen, regelmäßig nicht die für den Umgang mit Waffen erforderliche Zuverlässigkeit bieten.

Parallel dazu hat das Landesamt für Verfassungsschutz seine Beobachtung der Reichsbürger intensiviert und ausgeweitet. Mittlerweile werden alle Gruppierungen

und Einzelpersonen beobachtet, die der sogenannten Reichsbürgerbewegung zugeordnet werden können.

Bei Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die Bezüge zu Reichsbürgern haben, werden die zuständigen Personalstellen darüber hinaus auch prüfen, ob dienst- oder arbeitsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Es ist völlig klar: Wer sich ernsthaft zu dieser Bewegung bekennt und bestreitet, dass es diesen Rechtsstaat überhaupt gibt, kann nicht Beamter dieses Staates sein. Daran kann es keinen Zweifel geben.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Zweiten benötigen wir auch ein umfassendes bayernweites Lagebild zum Thema Reichsbürger, und zwar über alle bayerischen Behörden in allen Verwaltungszweigen hinweg. Hierzu habe ich gerade eine Abfrage für die Bereiche der bayerischen Polizei und der Allgemeinen Inneren Verwaltung veranlasst. Meine Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Staatsministerien werden gebeten, auch in ihnen nachgeordneten Bereichen entsprechende Informationen einzuholen. Wir müssen das letztendlich in der ganzen Breite erfassen. Da kann schon ein Bürgermeister auf eine merkwürdige Person aufmerksam geworden sein; es können auch Kollegen aus dem Bundesbereich wie des Zolls sein, die auf solche Fälle aufmerksam werden, genauso wie an Amtsgerichten und an vielen anderen Behörden unseres Landes Tätige. Zu den Ergebnissen dieser bayernweiten Abfrage werde ich dann gerne im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport gesondert berichten. In diesem Bericht werde ich ebenfalls auf die Fragestellungen eingehen, die von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in deren Dringlichkeitsantrag aufgeworfen wurden, und ebenso auch auf die Fragen, die im SPD-Antrag mit enthalten sind.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens ist es ganz einfach traurig, dass es in unserer Zeit, in der unser Staat, in der die Bundesrepublik Deutschland ihren Bürgerinnen und Bürgern so viel Freiheit und Wohlstand ermöglicht wie wohl noch nie zuvor

in der Geschichte unseres Landes, immer noch Menschen gibt, die sich lieber ein Deutsches Reich der Vergangenheit herbeisehnen.

Wenn dieser Hang zum Geschichtsrevisionismus dann aber auch noch zum Vorwand benutzt wird, um die staatliche Autorität infrage zu stellen und Gewalt gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Staates auszuüben, können wir das auf gar keinen Fall tolerieren. Hier ist ein Punkt gekommen, an dem fanatischer Intoleranz nicht mehr mit Toleranz, sondern nur noch mit der ganzen Härte der Instrumente dieses Rechtsstaats begegnet werden kann und muss. Das sind wir auch dem ermordeten Polizisten und seinen Angehörigen schuldig.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung dabei.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13810 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13815 – das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13817 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13823 – das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die CSU, die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir haben jetzt noch die Abstimmungen zu den davor debattierten Dringlichkeitsanträgen durchzuführen. Hierzu rufe ich nochmals den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13809 auf. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Über diesen Dringlichkeitsantrag wird in einfacher Form abgestimmt. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/13822 stimmen wir in namentlicher Form ab. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.31 bis 17.36 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen, damit wir fortfahren können.

Ich möchte Ihnen noch einen Hinweis auf den Verlauf des Abends geben. Wir haben jetzt noch einen Dringlichkeitsantrag und den Untersuchungsausschussbericht zu debattieren. Wir werden das aller Voraussicht nach nicht bis 19.00 Uhr schaffen. Ich gehe also davon aus, dass die Debatte etwa eine halbe Stunde länger dauern wird. Ich bitte Sie, sich darauf einzustellen. Besteht damit Einverständnis, dass wir die Debatte heute zu Ende führen? – Das ist der Fall. Dann werden wir so verfahren.